



2020/26 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2020/26/corona-liebt-ausbeutung-und-rassismus>

Unter den Arbeitern des Schlachtbetriebs Tönnies grassiert Covid-19

Corona liebt Ausbeutung und Rassismus

Von **Sebastian Weiermann**

Die Infektionswelle mit Sars-CoV-2 in der Firma Tönnies lenkt die Aufmerksamkeit auf die Arbeitsverhältnisse in der Fleischbranche und den Rassismus gegenüber den Arbeitern.

Über 1 500 positive Covid-19-Tests innerhalb weniger Tage: Der Ausbruch unter Arbeitern des Unternehmens von Clemens Tönnies im ostwestfälischen Rheda-Wiedenbrück stellt in seinem Ausmaß das Infektionsgeschehen bei Karnevalsfeiern im Rheinland, Partys in Berliner Clubs und bayerischen Starkbierfesten in den Schatten. Die Fleischfabrik hat ja auch riesige Dimensionen: Bis zu 30 000 Schweine können dort am Tag geschlachtet - werden. Wer einmal vor der Schließung des Werks in der vergangenen Woche in Rheda-Wiedenbrück war, konnte beinahe im Minutentakt Schweinetransporter von der nahegelegenen Autobahn auf das Fabrikgelände fahren sehen.

Die Arbeit ist anstrengend, die Zerleger schwitzen, atmen wie beim Sport besonders tief ein und aus. Oft arbeiten sie 200 Stunden im Monat. Freie Tage gibt es nur selten. Wer sich beschwert, ist schnell seinen Job los.

Und noch etwas konnte man dort beobachten: Zum Schichtwechsel steuerten viele, oftmals leicht ramponierte, vollbesetzte Kleintransporter das Gelände an und verließen es mit anderen Mitfahrern kurz darauf wieder. Tönnies produziert mit Arbeitskräften zum Dumpinglohn, die meist aus Rumänien und Bulgarien stammen. Beim DGB-Projekt »Faire Mobilität«, das sich zur Aufgabe gemacht hat, mobile Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten bei der Durchsetzung von gerechten Löhnen und fairen Arbeitsbedingungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu unterstützen, schätzt man, dass von den fast 7 000 Arbeitern bei Tönnies, die wegen des Ausbruchs unter Quarantäne gestellt wurden, etwa 3 500 von Subunternehmern beschäftigt werden. 2 000 von ihnen sollen aus Rumänien stammen. Menschen aus Südosteuropa stellen heutzutage bei Tönnies und in den meisten anderen Fleischbetrieben in Deutschland die Mehrzahl der Schlachtarbeiter.

Bei Tönnies dürfte für die schnelle Verbreitung der Infektionen vor allem der Bereich der Zerlegung relevant gewesen sein. Dort, wo die Schweinehälften zerteilt werden, ist es kalt und feucht. Die Arbeit ist anstrengend, die Zerleger schwitzen, atmen wie beim Sport besonders tief ein und aus. Oft arbeiten sie 200 Stunden im Monat. Freie Tage gibt es nur selten. Wer sich beschwert, ist schnell seinen Job los.

Das liegt an den Werkverträgen, mit denen diese Arbeiter in der Fleischindustrie beschäftigt werden. Werkverträge dienten in der Bundesrepublik bereits vor Jahrzehnten dazu, Löhne von migrantischen Arbeitern zu drücken. Zeitweise wurden sie von Leiharbeitsverträgen abgelöst. Seitdem Leiharbeitern allerdings grundsätzlich der gleiche Lohn wie Festangestellten zusteht, boomen die Werkverträge wieder.

In der Fleischindustrie funktioniert das so: Ein Fleischproduzent schließt mit einem Werkvertragsunternehmen etwa einen Vertrag über die Zerlegung von 100 000 Schweinehälften ab. Der Werkvertragsunternehmer besorgt dafür die Arbeitskräfte und stellt die nötigen Arbeitsgeräte zur Verfügung. Den Zerlegern dürfen eigentlich nur Mitarbeiter des Werkvertragsunternehmens Anweisungen geben. Dass die Situation bei Tönnies anders aussieht, darauf weist eine Stellenanzeige aus dem Winter hin. Darin suchte die Firma Tönnies einen Schichtleiter für den Bereich der Zerlegung, der die Arbeiter überwachen und für die termingerechte Zerlegung sorgen sollte – eine Tätigkeit, die nicht zum juristischen Rahmen der Werkverträge passt.

Der Kölner Verein »Aktion Arbeitsunrecht«, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, Unternehmen anzuprangern, die sich nicht an geltendes Arbeitsrecht halten, beschäftigt sich seit längerem mit der Firma Tönnies. Neben dem Stellengesuch hat er andere Dokumente gefunden, die nicht zu dem Bild passen, das der Fleischkonzern von sich malt. In offiziellen PR-Texten schreibt Tönnies beispielsweise, dass 16 500 Menschen für den Konzern arbeiten. Im Geschäftsbericht des Konzerns findet sich allerdings nur die Zahl von 5 600 Beschäftigten. Für die »Aktion Arbeitsunrecht« steht fest: Bei der bei Tönnies geübten Praxis handelt es sich nicht um Werkunternehmen, die in der Fleischfabrik arbeiten, sondern um eine illegale Arbeitnehmerüberlassung. Der Verein stellte deswegen schon im Februar eine Ordnungswidrigkeitsanzeige.

Als wäre die prekäre Arbeitssituation, die mit fehlender sozialer Absicherung einhergeht, nicht genug, sind da auch noch die Wohnbedingungen der Arbeiter. Sie haben mit in Deutschland sonst üblichen Standards wenig gemein. Die Werkvertragsunternehmen sorgen dafür, dass die rumänischen und bulgarischen Arbeiter auch in den Unterkünften der Unternehmen leben. Für bis zu 300 Euro im Monat werden einzelne Betten vermietet. Die Arbeiter wohnen in Gebäuden, die gemeinhin als sogenannte Schrottimmobilien gelten. Wohnungen, in denen einst eine deutsche Kleinfamilie lebte, werden zu Unterkünften für acht bis zwölf Personen umfunktioniert.

Werkvertragsarbeiter von Tönnies leben in einem Umkreis von mehr als 30 Kilometern um das Werk in Rheda-Wiedenbrück. Als die Gesundheitsbehörden im Zusammenhang mit dem Infektionsausbruch die Anschriften der Arbeiter haben wollten, weigerte sich die Firma Tönnies, sie herauszugeben, angeblich gebe es datenschutzrechtliche Bedenken. Der Fleischkonzern müsse erst die Subunternehmer um Zustimmung bitten. Das wollte der

zuständige Kreis Gütersloh nicht abwarten. Ähnlich wie bei einer Hausdurchsuchung holten sich die Behördenmitarbeiter mit einer Ordnungsverfügung die Daten aus der Konzernzentrale.

Dann ging es schnell. Unter Aufsicht der Bereitschaftspolizei riegelten die Kreisvertreter in Verl mit Bauzäunen einen ganzen Wohnblock ab, in dem mehrere Hundert Menschen wohnen, auch Arbeitsmigranten, die nicht bei Tönnies beschäftigt sind. Der Block wird rund um die Uhr überwacht. Eigenverantwortliche Quarantäne wird den Menschen offenbar nicht zugetraut.

Dabei scheuen politisch Verantwortliche nicht vor rassistischen Entgleisungen zurück. Die Frage, ob die massenhaften Infektionen bei Tönnies auf die Lockerungen der Pandemiebeschränkungen zurückzuführen seien, verneinte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU). Rumänen und Bulgaren hätten das Virus bei der Einreise mitgebracht, behauptete er. Recherchen des Nachrichtenportals t-online.de deuten dagegen darauf hin, dass ein Gottesdienst in Ostwestfalen Ursprung der Infektionswelle bei Tönnies war. Auch bei anderen Aussagen zum Infektionsgeschehen bei Tönnies schwingt immer wieder Rassismus mit. In öffentlichen Statements äußerten Lokalpolitiker wie auch Landespolitiker die Hoffnung, dass der Ausbruch nicht auf »die Bevölkerung« überspringe.

Am Dienstag kam die Landesregierung aber nicht mehr umhin, für den gesamten Landkreis Gütersloh wieder Kontaktbeschränkungen zu erlassen, wie es sie bereits ab März gegeben hatte, bevor insbesondere Laschet in den vergangenen Wochen eine schnelle Lockerung der Pandemiemaßnahmen forcierte. Besonders hart wird wiederum gegen die Arbeiter bei Tönnies vorgegangen. Deren Quarantäne werde zur Not »auch mit Zwang« durchgesetzt. Die Landesregierung habe drei Einsatzhundertschaften der Polizei in den Kreis Gütersloh geschickt, sagte Laschet.

Wie es nach der Pandemie bei Tönnies und in der gesamten Fleischindustrie weitergeht, ist unklar. Zwar gibt es Ankündigungen, in Zukunft härter gegen das Werkvertragsunwesen vorzugehen, etwa von Landesarbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD). Andere, wie die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner (CDU), fordern höhere Fleischpreise. Doch bisher sind Tönnies und seinen Branchenkollegen noch immer Strategien eingefallen, um die Sozialstandards niedrig und die Gewinnspanne hoch zu halten.